

24.08.2006

## **Brigitte Lösch fordert vom Land einen ‚Aktionsplan‘ gegen Zwangsheirat**

### **Empfehlungen der Fachkommission Zwangsheirat umsetzen**

Mit dem Bericht der Fachkommission Zwangsheirat der Landesregierung Baden-Württemberg liegen erstmals Zahlen über im Lande lebende, von Zwangsheirat betroffene oder bedrohte Frauen vor. *"Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: allein zwischen Januar und Oktober 2005 haben 215 von Zwangsheirat Betroffene bei Beratungs- oder Hilfseinrichtungen nach Hilfe gefragt. Hierbei waren knapp 55% der Betroffenen 18 Jahre oder jünger. Das zeigt, welche Dimension dieses Problem auch bei uns zu Lande hat"*, erklärte die frauenpolitische Sprecherin der Landtagsgrünen Brigitte Lösch.

Im Mittelpunkt der Fachkommissionsarbeit stand neben der statistischen Beschreibung der Situation vor allem die Entwicklung konkreter Empfehlungen und Handlungsvorschläge in den Bereichen Opferrechte, Prävention, Betreuung und Aufklärung. Die Grünen begrüßen und unterstützen die Empfehlungen der Fachkommission gegen Zwangsheirat. *"Wir brauchen im Land eine bessere Koordinierung und eine umfassende Beratung und Begleitung von Opfern von Zwangsheirat. Auch ist es notwendig, den von Heiratsverschleppungen ins Ausland betroffenen Frauen die Rückkehr zu erleichtern, in dem das Recht auf Wiederkehr von derzeit 6 Monate auf 3 Jahre verlängert wird"*, erläutert Brigitte Lösch.

*"Es darf nicht passieren, dass die Handlungsempfehlungen der Fachkommission im Aktenordner verstauben"*, betonte die Frauenpolitikerin. Deshalb fordern die Grünen im Landtag mit einer parlamentarischen Initiative die Landesregierung auf, nun ein Gesamtkonzept "Aktionsplan gegen Zwangsheirat" zu erstellen.

*"Vor allem müssen sich die Ministerien untereinander auf der Grundlage der Empfehlungen der Fachkommission auf eine gemeinsame Linie verständigen"*, so Lösch. *"Es kann ja nicht sein, dass bei bestimmten Empfehlungen das Innenministerium dagegen, das Justizministerium dafür ist und das Sozialministerium sich der Stimme enthält. Hier müssen sich die Fachressorts zusammenraufen!"*